

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0545/12</b> öffentlich	Referat	Referat IV
	Amt	Bürgerhaus
	Kostenstelle (UA)	4310
	Amtsleiter/in	Herr Peter Ferstl
	Telefon	3 05-28 00
	Telefax	3 05-28 09
	E-Mail	buergerhaus@ingolstadt.de
Datum	12.11.2012	

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Beschlussqualität</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
Kommission für Seniorenarbeit	29.11.2012	Kenntnisnahme	

**Beratungsgegenstand**

Anregungen aus dem „Politischen Dämmerschoppen,, am 20.10.2012 im Westpark.  
(Referent: Herr Engert)

**Antrag:**

Die Kommission nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und bittet um Rückmeldung über die Umsetzung der noch offenen Punkte.

Gabriel Engert  
Berufsmäßiger Stadtrat

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Entstehen Kosten:**             ja                     nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:	
	<input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von            Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von            Euro müssen zum Haushalt 20            wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

**Kurzvortrag:**

Am 20.10.2012 fand im Westpark von 17:00 bis 18:00 Uhr auf Einladung der Zeitung PLUS60 ein „Politischer Dämmerschoppen“ mit Herrn Bürgermeister Misslbeck zum Thema „Seniorenwünsche für den Lebensabend – zuhause Wohnen und Mobilität im Alter“ statt. Auch Herr Dr. Frank (INVG), Herr Preuss (Amt für Soziales) und Herr Ferstl (Bürgerhaus) waren als Vertreter der Stadt Ingolstadt hierzu eingeladen. Frau Gürtler von der Zeitschrift PLUS60 hatte in der Sitzung der Seniorengemeinschaften am 04.10.2012 für die Teilnahme an der Veranstaltung geworben. Insgesamt nahmen 10 Seniorinnen und Senioren, weit überwiegend aus den städtischen Gemeinschaften, an der Veranstaltung teil. Nach einer Vorstellungsrunde wurden die Anwesenden gebeten, ihre Fragen zu stellen.

Herr Nebl von der Seniorengemeinschaft Süd beklagte die fehlende Mobilität älterer Senioren. Viele Mitglieder würden Versammlungen bzw. Veranstaltungen nicht mehr besuchen können. Ein Fahrdienst nach dem Vorbild von Regensburg wäre sehr hilfreich.

Herr Ferstl erklärt hierzu, es gäbe bereits seit vielen Jahren eine enge Kooperation mit der Stadt Regensburg. Die Einrichtung sei deshalb bekannt. Die Stadt Regensburg betreibe diesen Seniorenbus nicht selbst; dies habe ein Förderverein übernommen. Zudem stehe weniger der Hol- und Bringdienst als die Organisation von Fahrten im Vordergrund. Es gäbe in Regensburg wie in Ingolstadt auch Fahrdienste durch Wohlfahrtsverbände. Berechtigt sind hier schwerbehinderte Menschen, die bei niedrigem Einkommen nach Beantragung beim Bezirk Oberbayern eine

monatliche Pauschale zur Kostenübernahme zwischen 80 € und 150 € erhalten können. Auskünfte dazu und zur jeweiligen Einkommenshöhe erteilt der Bezirk Oberbayern. Herr Preuss bringt in diesem Kontext ein, dass in Kürze über IN-Arbeit stadtweit 10 Mobilitätshelfer eingesetzt werden. Diese können insbesondere von Seniorinnen und Senioren mit Mobilitätsbeeinträchtigungen in Anspruch genommen werden.

Herr Nebl schlug weiter vor, dass das Bürgerhaus Erste-Hilfe-Kurse für Leiter oder Betreuer der Gemeinschaften bzw. der Fahrten anbietet. Eine intensive Schulung sei hier erforderlich.

Herr Ferstl beantwortet diese Anregung dahingehend, dass ein Termin für einen solchen Kurs bereits mit den Vorsitzenden der Gemeinschaften für Frühjahr 2013 festgelegt worden ist. Die Kosten übernimmt dabei das Bürgerhaus. Bei Bedarf könnte dieser Kurs auch wiederholt werden. Insofern die Kurse direkt bei den Seniorengemeinschaften für einen größeren Personenkreis angeboten werden sollen, könne der Etat der Gemeinschaften hierfür Verwendung finden. Kontaktadressen sind über das Bürgerhaus erhältlich.

Frau Pöppel von der Gemeinschaft AMIR berichtet, dass in den Bürgerhäusern die Barrierefreiheit der Toiletten verbesserungswürdig sei. Herr Ferstl antwortet, dass eine Bestandsaufnahme bereits gemeinsam mit der Behindertenbeauftragten, Frau Braun, und dem städtischen Hochbauamt stattgefunden habe. Über die Fortschritte der Umsetzung werde der Kommission berichtet.

Ebenfalls aus der Seniorengemeinschaft AMIR wurde schriftlich der Vorschlag eingereicht, eine Taxi-Telefonsäule am Rathausplatz einzurichten. Hierzu werden aktuell die Möglichkeiten geprüft.

Herr Rödl von der Senioren-Theatergruppe Herbstzeitlose bringt in die Diskussion ein, dass er eine Stadtbahn zur Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt als sinnvoll betrachtet. Notwendig sei ein Transportmittel auf der Ost-West- und der Nord-Süd-Achse in der Innenstadt. Linienbusse der INVG würden zwar den ZOB bedienen, die Haltestelle Auf der Schanz, die Universität (Kreuztor), Taschenturm, Scheiner- Gymnasium, Schutterstraße bzw. Rathausplatz, Stadttheater und Fachhochschule. Innenstadtziele wie die Bürgerhäuser Alte Post sowie Neuburger Kasten, das Heilig Geist Spital, das Amtsgericht könnten jedoch nur mit einem langen Fußweg quer durch die Innenstadt erreicht werden. Herr Rödl wirft die Frage auf, warum es in Ingolstadt nicht möglich sei, hier mit kleinen Elektrobussen mit tiefem Einstieg Abhilfe zu schaffen. Bestes Beispiel hierfür sei die Stadt Regensburg. Dort gäbe es die Stadtlinien A und B bereits seit mehreren Jahren.

Herr Dr. Frank antwortet, dass die Haltestellen Harderstraße, Rathausplatz und Schutterstraße die Innenstadt bereits sehr gut bedienen würden. Der Einsatz von zusätzlichen Elektro-Kleinbussen sei sehr teuer. Die Modernisierung der Busflotte mit Niederflur- und Absenktechnik werde jedoch fortgesetzt. Eine Ost-West-Achse durch die Fußgängerzone sei Anfang der 1990er Jahre getestet worden. Damals seien hohe Kosten bei geringer Fahrgast-Akzeptanz zu verzeichnen gewesen.

Herr Bürgermeister Misslbeck ergänzt, dass es bezüglich der Nord-Süd-Achse aktuell Überlegungen gibt.

Frau und Herrn Rödl ist aufgefallen, dass in Ingolstadt unterschiedliche Modelle von Bussen zum Einsatz kommen. Besonders ungeeignet für Gehbehinderte und Ältere seien jene Modelle, in denen man zum Erreichen eines Sitzplatzes bis zu vier Treppenstufen hinaufsteigen muss.

Herr Dr. Frank stellt hierzu fest, dass für die INVG sechs selbständige Busunternehmen im Einsatz seien die wiederum Subunternehmer als Auftragnehmer einsetzen können. Grundsätzlich sind Niederflurbusse im INVG- Gebiet vorgeschrieben. Ausnahmen gebe es jedoch bei Ersatz-, bei Schulbus und Verstärkerfahrten. Herr Dr. Frank bittet darum, bei Problemen die INVG zu informieren. Er sichert eine Kontrolle der Fahrzeugeinsätze zu. Herr Preuß bringt ein, dass alle neuen Busse der in Ingolstadt ansässigen Unternehmen durch die Behindertenbeauftragte, Frau Braun begutachtet werden. Alle dabei festgestellten Mängel zur Barrierefreiheit müssen abgearbeitet werden.

Frau Hess aus der Seniorengemeinschaft Etting bemerkt, dass der Fahrpreis von Etting in die Innenstadt für viele Rentner zu hoch sei. Sie unterbreitet den Vorschlag, in niedrig frequentierten Zeiten am Vormittag und Nachmittag den Fahrpreis günstiger anzubieten.

Herr Dr. Frank antwortet darauf, dass die Fahrscheine der INVG im Vergleich bayernweit günstig seien. Die gelte besonders für die Zeitkarten, z.B. die Jahreskarte (455,-), die Monats- und die Seniorenkarte.

Weiterhin bemängelt Frau Hess, dass die Linie 15 von Etting nur noch bis zum ZOB fährt, nicht jedoch bis zum Rathausplatz. Für viele alte Menschen sei das Umsteigeprozedere aus körperlicher wie logistischer Sicht oft sehr schwierig.

Herr Dr. Frank stellt hierzu fest, dass die Linie 15 am ZOB zum Fahrplanwechsel 2011/12 geteilt werden musste, da diese als längste INVG- Linie stauanfällig gewesen sei und somit viele Verspätungen aufwies. Es würden jedoch mehrere Umsteigemöglichkeiten in Richtung Rathausplatz bestehen, insbesondere über die Linien 10 und 11.

Weiter wurde die Frage aufgeworfen, ob die Möglichkeit bestünde, die Öffnungszeiten der Toilettenanlagen am ZOB zu verlängern. Dies wird aktuell geprüft.

Frau Pöppel aus der Seniorengemeinschaft AMIR bemerkt, dass an der Haltestelle in Hollerstauden der Zustieg in die INVG- Busse schwierig sei.

Herr Dr. Frank antwortet, hier sei das sogenannte „Kasseler Bord“ noch nicht umgesetzt. Eine Verbesserung der Situation sei in Planung.

Frau Hess merkt weiterhin an, dass es im Friedhof in Etting Stolperstellen geben würde, die für ältere Menschen gefährlich seien und die das Befahren mit einem Rollator an manchen Stellen unmöglich machen würden.

Herr Ferstl antwortet hierzu, dass eine Nachfrage ergeben hat, dass das Gartenamt hier bereits informiert sei und es aktuell Planungen für eine Verbesserung der Situation gibt.

Herr Bürgermeister Misslbeck stellt abschließend fest, dass es in Ingolstadt eine Vielzahl von Möglichkeiten gibt, Anregungen zur Verbesserung der Situation der Seniorinnen und Senioren zu geben. Die Sitzungen der jeweiligen Bezirksausschüsse sind hierfür eine wichtige Plattform. Die von der Verwaltung durchgeführten Stadtteilkonferenzen speziell für die ältere Generation ergänzen diese. Darüber hinaus treffen sich die Seniorengemeinschaften zu ihren Vorstandsitzungen im Abstand von sechs bis acht Wochen im Bürgerhaus.

Die im Verlauf der Veranstaltung am 20.10.2012 vorgetragenen Fragen wurden vorab schriftlich bei der Zeitschrift PLUS60 eingereicht. Von Herrn Adolf Nebl, Vorsitzender der Seniorengemeinschaft Süd wurden weitere Anregungen schriftlich eingereicht, im Verlaufe der Veranstaltung am 20.10.2012 jedoch nicht thematisiert:

Herr Nebl regt an, ein Netz aller mit Seniorenaufgaben betreuten Einrichtungen zu bilden, da sich Veranstaltungen und Fahrten vielfach überschneiden würden. Dies gelte besonders für kirchliche und gewerkschaftliche sowie sportliche Aktivitäten.

Hierzu wird festgestellt, dass dieser Punkt bereits in der Sitzung der Projektgruppe „Öffentlichkeitsarbeit“ im Bürgerhaus im Juni 2009 diskutiert worden ist. Als Ergebnis wurde festgehalten, dass es insbesondere darum gehe, die vorhandene Vielfalt transparent zu machen. Es entstand schließlich die umfangreiche Broschüre „Senioren in Ingolstadt“ der städtischen Pressestelle, die Anfang 2013 aktualisiert und neu aufgelegt werden wird. Detailabsprachen bei Einzelveranstaltungen mit allen Anbietern sind jedoch aufgrund des Aufwandes seitens der Stadt kaum möglich. Bereits 2009 wurde deshalb der damaligen Projektgruppe das Angebot unterbreitet, dass eine Initiative unterstützt werden kann, die sich mit weiterführender Pressearbeit im Bereich Seniorenarbeit auseinandersetzt.

Herr Nebl wünscht sich weiterhin eine Schulung der Senioren über Verhalten im Straßenverkehr, besonders für Fußgänger und Radfahrer.

Hierzu ist anzumerken, dass solche Schulungen bereits stattgefunden haben. Als Angebot der kommunalen Seniorengemeinschaften können diese von deren Etat finanziert werden.

Kontaktadressen sind bereits über das Seniorenbüro im Bürgerhaus erhältlich.

Herr Nebl bemängelt fehlende Parkmöglichkeit im Umfeld des Bürgerhauses Neuburger Kasten. Die Vorstände würden regelmäßig ihre "Zentrale" besuchen und müssen Parkgebühren bezahlen, sofern überhaupt ein Parkplatz zur Verfügung stehen würde.

Hierzu ist festzustellen, dass die Bürgerhäuser sich in der Stadtmitte befinden und gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sind. In der Straße „Auf der Schanz“ kann kostengünstig 5 Stunden für 2,50 €, auf dem Volksfestplatz ganztägig für 1,50 € geparkt werden. Darüber hinaus wurde rund um das Bürgerhaus eine Kurzparkzone eingerichtet.

Zudem gibt es in unmittelbarer Nähe die Tiefgarage am Münster. Das Einverständnis der

jeweiligen Seniorengemeinschaften vorausgesetzt, kann der zur Verfügung stehende Etat der Gemeinschaften für die Begleichung der bei den Vorstandesitzungen anfallenden Parkkosten verwendet werden.

Herr Nebel wurde über diese Punkte informiert.